



PRESSEMITTEILUNG

BÖLW und Deutscher Tierschutzbund zum Branchengespräch Fleisch Artgerechte Schweinehaltung braucht Perspektiven

Berlin, 15.09.2021. Anlässlich des heutigen „Schweinegipfels“ (Branchengespräch Fleisch) weisen der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) und der Deutsche Tierschutzbund darauf hin, dass die Ausbreitung der Afrikanische Schweinepest (ASP) nicht zur Folge haben darf, die tiergerechte Außenhaltung einzuschränken. Statt einer Aufstallung müsse man andere Maßnahmen ergreifen – auch, um dieser Haltungsform angesichts des notwendigen Umbaus der Tierhaltung eine Perspektive zu bieten.

„Die artgerechte Schweinehaltung braucht dringend eine zuverlässige Perspektive“, sagt **Peter Röhrig, BÖLW-Geschäftsführer** und Teilnehmer des Schweinegipfels. „Die Afrikanische Schweinepest hat sich in sechs deutschen Landkreisen ausgebreitet. Die Konsequenzen der Seuche sind für jedes Tier und jeden betroffenen Betrieb dramatisch. Das zeigen nicht nur die niedrige Preise für konventionelles Schweinefleisch sehr deutlich.“

„Eine pauschale Pflicht zur Aufstallung von Tieren, die es gewohnt sind, im Freiland oder mit Auslauf zu leben, ist immer mit erheblichen Einschränkungen für die Tiere und ihr Wohlbefinden verbunden“, gibt **Dr. Esther Müller, Geschäftsführerin Wissenschaft beim Deutschen Tierschutzbund** zu bedenken und ergänzt die Probleme für die Tiere: „Gerade bei Schweinen kommt es meist zu massiven Tierschutzproblemen, wie Kannibalismus und anderen Verhaltensstörungen. Es muss daher immer im Einzelfall geprüft und entschieden werden, welche wirksamen alternativen Maßnahmen die Seuchensicherheit des Betriebs gewährleisten und die ASP fernhalten können – etwa ein strenges Hygienemanagement oder eine doppelte Umzäunung. Eine pauschale Aufstallungsanordnung darf aus Tierschutzsicht nicht erfolgen.“

Röhrig appelliert an die Bundesregierung und die Länder: „Seuchenschutz und Perspektiven für die artgerechte Tierhaltung müssen Hand in Hand gehen. Die ASP muss dringend stärker mit gemeinsamer Kraft eingedämmt werden. Aktuell werden Betriebe, die in eine artgerechte Tierhaltung investiert haben, mit pauschalen Aufstallungsgeboten in den Ruin getrieben. Und Betriebe, die umstellen möchten, schauen ganz genau hin, wie mit den Höfen in den betroffenen Regionen umgegangen wird. Wie Politik den Rahmen für diese Betriebe gestaltet, entscheidet mit, ob Betriebe in anderen Regionen die Umstellung wagen.“

Müller ergänzt: „Die Gesellschaft wünscht sich mehr statt weniger Schweine, die ihre Rüssel an die frische Luft strecken können. Immer mehr Landwirte wollen ihre Tierhaltung umstellen. Die Wissenschaft mahnt den Umbau der Tierhaltung an. Die Bundesregierung muss jetzt konsequent die Weichen für diesen Umbau stellen.“

Der **BÖLW-Geschäftsführer** betont abschließend: „Alle Tierhalter, die in die artgerechte Schweinehaltung investiert haben oder dies tun wollen, erwarten von Bundesministerin Klöckner und ihren Länderkolleginnen und -Kollegen endlich einen wirksamen Plan wie 1. die ASP erfolgreich zurückgedrängt werden kann, und 2. wie ein Ausbau einer artgerechten Tierhaltung zukünftig ermöglicht wird.“

3.136 Zeichen, Veröffentlichung honorarfrei, um ein Belegexemplar wird gebeten.

Ansprechpartner

BÖLW, Pressestelle, Joyce Moewius, Tel. ++49 (30) 28482-307, presse@boelw.de

Deutscher Tierschutzbund, Pressestelle, Tel.: 0228-60496-24, presse@tierschutzbund.de